

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha, die Staats- und Gemeindebehörden zu Frankenberger

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rohberg sen. in Frankenberger i. Sa. — Druck und Verlag: C. G. Rohberg in Frankenberger i. Sa.

Nr. 13

Sonnabend den 17. Januar 1920

79. Jahrgang

**Brennholz-Abgabe** Sonnabend den 17. Januar 1920 nachmittags von 1-5 Uhr im hiesigen **Gesamtwort** an die Inhaber von Kohlen-Guthaben, sowie an alle kranke Personen und bedürftige Familien aus der Spende **„Unenannt“**. — Bezugsmarken über 1/2 Raummeter Hart- und Weichholz zum Preise von 8 Mark sind ab heute gegen Bezahlung und Vorlegung der Kopfsorten 21 von Kohlen-Guthaben im Rathaus (Zimmer Nr. 2, Ortsoberstele) zu entnehmen. **Ortsoberstele des Stadtrates.**

**Anzeigen für die Sonntags-Nummer** unseres „Tageblattes“ wolle man möglichst bis Freitag abend einreichen. Am Sonnabend können solche Ankündigungen nur bis früh 9 Uhr angenommen werden.

## Bedenkliche Korruptionserscheinungen

Der frühere Staatssekretär Dr. August Müller, der noch heute der sozialdemokratischen Reichspartei angehört, hat vor kurzem in einem Vortrage in der Deutschen Gesellschaft 1914 darauf hingewiesen, daß die unantastbare Sauberkeit, die früher in der deutschen Staats- und Gemeindeverwaltung eine Selbstverständlichkeit war, heute schon verschwunden ist. Es mehren sich in der Tat die Beweise dafür, daß die leitenden Behörden der wachsenden Korruption und damit auch einem gewissen Verdröcker- und Schiebertum gegenüber einfach machtlos sind. Man kann aber auch j. B. alle zwangswirtschaftlichen Bestimmungen — und ohne solche werden wir in Deutschland noch lange nicht auskommen — nicht durchzuführen, wenn man der Unbestechlichkeit des korrupten Beamten nicht unbedingt sicher ist. Was besten schließlich die schärfsten Befehle und Verordnungen gegen Schieber und Steuerhinterzieher, wenn die Behörde nicht in der Lage ist, ihre Durchsicht restlos zu überwachen, wenn vielmehr die Schärfe der Vorschriften gemildert wird durch Schlämperei und Bestechlichkeit der ausführenden behördlichen Organe.

Vor einiger Zeit konnte an der dänischen Grenze der zuständige Reichskommissar sich selbst überzeugen, daß es gegen Verletzung einer gar nicht hohen Geldsumme an die überwachenden Beamten ein Leichtes war, mit Automobilen ohne jede Kontrolle über die Grenze zu gelangen. Neulich teilte die „Vossische Ztg.“ mit, daß auf dem Schießplatz Jüterbog täglich für 40 000 Mark Geschossmetall gestohlen wurde und daß diese Massen Diebstähle wochenlang mit Pferden und Wagen fortgeführt wurden. Die zuständige Kommandantur entschuldigt diese unerhörten Verbrechen damit, daß ihr nicht genügend Kräfte zur Unterdrückung der Diebstähle zur Verfügung ständen. Ebenso erklärte die Eisenbahndirektion Berlin, sie sei machtlos gegen die systematische Beraubung der 3000 Personen- und Güterwagen, die auf der Militärbahn Jüterbog-Jossen-Mariensfelde zu Reparaturzwecken stehen hieselbst müßten. Diese Entschuldigungen können doch nur den Sinn haben, daß eben die Verursachung bestimmter, an Zahl geringen Diebstahls nicht immer den Willen und die moralische Kraft hatten, die Diebstähle energisch zu verhindern, daß vielmehr manche gegen ein entsprechendes Lohngebot gelegentlich ein Auge zudrücken. Demnach die in Frage kommenden Eisenbahnen einen Wert von 180 Millionen Mark darstellen, und auch das gestohlene Geschossmaterial weist viele Hunderttausende wert war, so dürfte es doch wirklich an Überwachungspersonal nicht gemangelt haben, wenn wirklich der Wille zur Überwachung vorhanden war. Man muß, wenn man derartige Fälle, sagen daß das Geld in der Tat im heutigen Deutschland millionenweise unbewacht auf der Straße liegt.

Wenn solche Zustände möglich sind in einem Lande, das bisher auf die Unantastbarkeit seiner Beamten stolz war, und das auf der anderen Seite schon unter einer unerträglichen Schuldenlast zusammenbricht, so ist es wirklich allerhöchste Zeit, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, wohin wir in Deutschland schon gekommen sind. Das gegenwärtige parlamentarische System kann seine Existenzberechtigung nur beweisen, wenn es diese Gefahren rechtzeitig zu beseitigen vermag.

## Frankreich verzögert die Heimführung der Gefangenen

Die „B. Z.“ meldet aus Frankfurt a. M.: Die mit den Franzosen über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen getroffenen Abmachungen sind bis jetzt noch nicht in Kraft getreten. Die Franzosen hatten sich verpflichtet, innerhalb 24 Stunden nach der Ratifikation die ersten Transporte in Deutschland abzuliefern. Jetzt sind mehr als noch einmal 24 Stunden vergangen, und es ist noch immer kein Heimkehrzug über die deutsch-französische Grenze gekommen. Die Franzosen sind anscheinend doch noch nicht so weit mit den Vorbereitungen zum Abtransport gekommen, wie sie in den Verhandlungen anboten. Jetzt sind endlich von französischer Seite die schon lange bereitstehenden deutschen Verzüge angefordert worden und damit ist wenigstens ein kleiner Anfang der Vorbereitungen zu verzeichnen. Allerdings ist bis jetzt nur ein geringer Teil der Züge verlangt worden. Die in Köln bereitstehenden 40 Transportzüge hatten noch immer das Abreiseverbot. Mit diesem geringen angebotenen Material werden die getroffenen Dispositionen schwer durchzuführen sein.

**Belgien behält 20 Geiseln zurück**  
An zuständiger Stelle erfahren die „B. Z.“: Unirrtümlich hatte die belgische Regierung gemeldet, daß von der Zahl der deutschen Kriegsgefangenen 20 Geiseln in Belgien zurückgehalten würden. Die belgische Mission teilt jetzt der Waffenstillstandskommission in Dülledorf eine offizielle Mitteilung mit, wobei sie bemerkt, daß es außer diesen 20 Geiseln keine weiteren in Belgien gibt. Obgleich die deutsche Regierung der belgischen Mitteilung hat, daß in Deutschland keine belgischen Unterthanen gegen ihren Willen zurückgehalten werden, hat die belgische Regierung trotzdem diese 20 Geiseln zurückgehalten, weil sie glaubt, daß in deutschen Gefangenen und Kriegsgefangenenlagern belagerte Unterthanen gegen ihren Willen und gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandes zurückgehalten werden. Die deutsche Re-

gierung hat alle Schritte getan, um die Rückführung der Geiseln zu beschleunigen. Auf der offiziellen Liste der 20 Geiseln steht u. a. der Soldat des Grenadierregiments 101 Alexander Stroh aus Mägeln bei Dresden.

**Dolland und die Auslieferung des Kaisers**  
Rotterdam, 15. 1. Der Pariser Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet, die holländische Regierung habe den Alliierten offiziell mitgeteilt, daß ein Gesuch um Auslieferung des Kaisers der Regierung sehr unangenehm sein würde. Die Regierung würde sich auf das Völkerrecht berufen und die Auslieferung verweigern.

## Die empörende Schandwirtschaft der Franzosen

im besetzten Rheinland ist von der Abg. Frau Dr. Schirmer zum Gegenstand einer Anfrage in der Nationalversammlung gemacht worden. Es heißt dort:

„Die deutsche Presse aller Richtungen bringt täglich Meldungen neuer Gewalttaten, unfruchtlicher Zustände in dem von den Franzosen besetzten Rheinland. Deutsche öffentliche und Privatpersonen werden bestraft, entehrt oder beider.“

Gesprächsweise Äußerungen werden angedroht, verurteilt und bestraft. Angehörige Bahngesellschaften werden davor bestraft. Deutsche Entlastungszeugen werden eingekerkert.

Ein 14-jähriger Anabe, der deutschen Mädchen, die sich mit französischen Soldaten einlassen, Japschneiden anlagte, wurde vom französischen Militärgericht in Schneidham zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe (!) verurteilt.

Deutsche Männer und Frauen werden von französischen Posten und Streifen nach Willkür, ohne Anlaß schuldlos bedroht, angegriffen, erschossen, ganz besonders traf die Frau des Schlossers Jostmann in Saarbrücken.

Das Schlimmste aber ist die geschlechtliche Verleumdung des besetzten Gebietes. Nach einem ärztlichen Bericht erstreckt sie sich heute auf 12-jährige Schulmädchen. Die hier der weißen wie der gelben und schwarzen Franzosen nach deutschen Frauen führt zu täglicher Gewalttat. Väter, die ihrer Töchter Ehre verteidigen, werden zu 1000 Mark Buße verurteilt, eine angegriffene Frau, die ihrem sie verteidigenden Mann zur Flucht verhalf, zu 10 000 Mark Buße.

In der Saarbrücker Joffre-Kaserne sind vier deutsche Mädchen von den schwarzen Truppen vergewaltigt, dann ermordet und im Dungenhaufen vergraben worden.

Die Presse des besetzten Gebietes muß hierzu schweigen. Was gebietet die Regierung zu tun, um ähnliche Gewalttaten in Zukunft zu verhindern und für die vollzogenen Sühne zu verlangen?

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, wird die Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen eine Interpellation beschäftigen, welche von allen Parteien des Hauses unterzeichnet ist und die Verhältnisse und die Zukunft des besetzten Gebietes behandeln soll.

## Aus den Abstimmungsgebieten

Der schlesische Belegungsplan

Amlich wird folgender Belegungsplan der Abstimmungsgebiete mitgeteilt:

1. Schleswig. Ein französisches Bataillon trifft vom 20. bis 22. 1. in Hadersleben und Sonderburg ein, ein englisches Bataillon am 25. 1. in Wasser in Flensburg.

2. Danzig wird von zwei englischen und einem französischen Bataillon besetzt. Erster Zug trifft Station Braut 4. Februar ein.

3. Bezirk Marienwerder. Ein italienisches Bataillon trifft 27. 1. in Deutsch-Eulau ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompanien werden in den ersten Februartagen durch je 1/2 englisches Bataillon abgelöst.

4. Bezirk Allenstein. Am 30. und 31. 1. trifft ein Bataillon Engländer in Lyck ein, vom dem später ein halbes Bataillon nach Sensburg verlegt wird. Am 4. und 6. 2. trifft ein zweites englisches Bataillon in Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verlegt wird.

Wemel wird Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt.

Obereschleßen wird vom 28. 1. ab besetzt. Die Franzosen beginnen in der Gdohede. Die genaue Verteilung zwischen den Alliierten steht noch nicht fest. Jedenfalls wird der südwestliche Teil von den Italienern, der mittlere Teil von den Franzosen, der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

## Eine Rede Südekums

Berlin, 15. 1. Gestern hielt der Minister Dr. Südekum in einer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung ein Referat über „Das bolschewistische Rußland und der Frieden“. Er führte darin u. a. aus, es sei festgestellt worden, daß beabsichtigt war, die Nationalversammlung auseinanderzusprengen, um die Räterepublik zu schaffen. Wenn ich, so sagte der Minister weiter, die Überzeugung gewinne,

daß durch die Diktatur der Räte, die Diktatur einer Minderheit, das Wohl der Gesamtheit entscheidend gefördert wird, und wenn mir dies bewiesen wird, so trete ich hierfür ein und stelle mich auch gegebenenfalls an die Spitze. Die letzten Jahre hätten indes das Gegenteil bewiesen: man braucht sich nur Rußland als Vorbild zu nehmen. Dann ging der Minister auf den Frieden ein. Er sagte, der Friedensvertrag könne nicht gehalten werden; er müsse weg. Sollte dies geschehen, so müßten alle Kräfte des Volkes einig und sich geistig zusammenfinden. Mit dem 11. Januar 1920 habe Deutschland aufgehört, ein selbständiger Staat zu sein. Es sei noch nicht einmal eine Kolonie, sondern lediglich eine Plantage des Verbandskapitalismus. Das größte Schandbeschnitt für die Schuld am Kriege erkläre der Neben für seine Person und für 99 Prozent des deutschen Volkes für falsch und als eine weltanschauliche Lüge.

## Deutsche Nationalversammlung

Abstimmungen über das Rätegesetz

Am Donnerstag war das Haus überaus hart befaßt, es handelte sich ja um die Abstimmungen über das Betriebsrätegesetz. Die Debatte war kurz, ruhig und sachlich, die Erregung von den Vorlagen ist abgerollt.

Zu § 1 liegt ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, das Gesetz dem Reichswirtschaftsrat zu überweisen. Abg. Dr. Helge (D. Sp.) begründet den Antrag. Er wird abgelehnt, § 1 in der Ausnahmefassung angenommen.

Auch zu den nächsten Paragraphen liegen Änderungs- und Zusatzanträge von den Reichsparteien wie von den Unabhängigen vor. Die Paragraphen werden durchweg unter Ablehnung dieser Anträge in der Ausnahmefassung angenommen. § 6 steht besonders Arbeiter- und Angestelltenräte vor. Abg. Roenen (U. Sp.) beantragt Streichung des Paragraphen. Minister Schlicht und Abg. Stedel (Soz.) sprechen dagegen.

Abg. Roenen (U. Sp.): Die Reichssozialisten sind Soldaten des Kapitals geworden. Der Kampf kann nur geführt werden im Sinne wie vorgehen. (Vorb. Wutruf.)

Abg. Bender (Soz.): Die Unabhängigen sind Schuld daran, daß die Sozialisten hier im Hause nicht die Mehrheit haben, darum ist es auf Kompromisse angewiesen.

Die §§ 6 und 7 werden angenommen.

Darauf tritt eine Mittagspause ein.

Um 1/4 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

Zu § 8 beantragt die Deutsche Volkspartei folgenden Zusatz: Tarifverträge, die den Betriebsräten mehr Recht einräumen als dies Gesetz, bedürfen der Zustimmung der zuständigen Arbeitsgemeinschaft.

Abg. Henke (U. Sp.): Wir lehnen den Antrag der Deutschen Volkspartei ab, die Betriebsräte haben ganz besondere Aufgaben, die weit über die der Gewerkschaften hinausgehen. Die Gewerkschaften dürfen nicht über den Betriebsräten stehen.

Nach Ablehnung des Antrages der Deutschen Volkspartei wird § 8 unverändert angenommen.

Nach § 13 kann durch Verordnung der Reichsregierung für die öffentlichen Behörden und die Betriebe des Reiches sowie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten, welche der Reichsaufsicht unterstehen, bestimmt werden, daß gewisse Gruppen von Beamten als Arbeiter und Angestellte im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten sind. Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten will diese Bestimmung für alle Beamten obligatorisch machen.

Ein zu § 9 von den Unabhängigen Sozialdemokraten geheimer Antrag auf Schaffung von Soldatenräten wird abgelehnt. Der Antrag der Unabh. Sozialdemokraten sowie die Anträge der Deutschen Volkspartei zu § 13 werden abgelehnt. Ein Antrag der Deutschen Nationalen, auch die Beamtenanwärter in diesen Paragraphen einzubeziehen, wird angenommen und damit § 13.

§ 15 umfaßt die Zusammenlegung des Betriebsrates und die Bestimmung der zahlenmäßigen Stärke der Betriebsräte nach der Stärke der Belegschaften. Nach kurzer Beratung der Anträge der Abg. Wunscheid (Deutsche Sp.) und Schiele (deutsch.) wird § 15 unter Ablehnung der Anträge angenommen. Eingefügt wird auf Antrag der Reichsparteien die Bestimmung, daß beim Anwachsen der Belegschaften die entsprechende Zahl von Ersatzmitgliedern hinzutritt.

Nach § 18 werden die Mitglieder des Betriebsrates auf die Dauer von einem Jahre gewählt. Die Reichsparteien wollen die Wahldauer auf zwei Jahre festlegen. Die unabhängigen Sozialdemokraten verlangen, daß die Wiederholung von Gewählten, die das Vertrauen der Arbeiter verloren haben, jederzeit durch einfache Mehrheit der Betriebsversammlung erzwungen werde. Die Änderungsanträge werden abgelehnt und § 18 in der Ausnahmefassung angenommen.

Nach § 20 sind wahlberechtigt alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die mindestens sechs Monate dem Betrieb, sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbezweig, in welchem sie tätig sind, angehören.

Abg. Runerl (U. Sp.) begründet einen Antrag, welcher das Wahlalter auf 16 Jahre (!) herabsetzt und das Erfordernis des Besitzes der bürgerlichen Ehrenrechte streichen will. Deuten, die aus Not das Sitzenbleib überstehen haben, sind die Ehrenrechte abgeprochen, während Lebensmittellieferer und Massenmörder, wie Marlow und Koste, sich nach wie vor der Ehrenrechte erfreuen. (Ordnungsruf.)

Abg. Schiele (deutsch-natl.) begründet einen Antrag, das Wahlalter auf 20 Jahre heraufzusetzen und beantragt hierüber namentliche Abstimmung.

Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten wird abgelehnt.



Streikbewegung

Streikbewegung gegen den Streik-Wahlkreis. Der Vorstand des sozialdemokratischen Betriebsvereins Magdeburg...

Kleine Mitteilungen

Die Neubefestigung der deutschen Auslandsposten steht unmittelbar bevor. Die Abberufung des bisherigen Gesandten in Stockholm...

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 16. Januar 1920.

Interessantes aus dem Kalender von 1920.

Ein lehrreicher Monat in diesem Jahre ist der halbe Mai, der diesmal 7 Sonn- und Festtage bringt. Mit 6 Feiertagen sind Januar, Februar und April...

Errichtung eines landlichen Lehrmittelschulhauses?

Wir hören, wird sich das Ministerium demnächst mit der Frage der Errichtung eines landlichen Lehrmittelschulhauses beschäftigen. Die Frage war auf der letzten Jahresversammlung...

Der landliche Postverkehr in Sachsen.

Schon wiederholt sind Klagen darüber laut geworden, daß die ungenügende Abwicklung des Postverkehrs in Sachsen eine ordnungsgemäße Abwicklung des Postverkehrs nicht mehr zuläßt. Ein erneutes Beispiel hierzu wird von einer Dresdener Firma...

Zur Unterbrechung der Schwer-Kriegsbeschädigten

Frei ist uns das Arbeitsamt der Arbeiter-Fürsorge in Chemnitz, Teuerstraße 2. Nach gesetzlicher Vorschrift ist in gewerblichen Betrieben jeder Art auf je 50 Beschäftigte ein Schwer-Kriegsbeschädigter einzustellen...

Die Besize für das Osterfest.

Von zukünftiger Seite wird uns folgendes geschrieben: In §§ 1 und 2 der Verordnung über die Besize für das Osterfest (Anberaumung) in 250 gr und 500 gr...

Schwerer jeder Art, auch wenn es im Einzelnen keine besonders sorgfältige Behandlung erfahren haben sollte...

Nachdem die Besize für das Osterfest in Wort und Bild durch das Ministerium des Innern und öffentlichen Unterrichts folgende Anordnung: In jüngster Zeit hat sich vielerorts die Jugend zur Abwehr...

Der Statistiker Frankenberg hat seiner erst unlängst der Stadt übermittelten Stellung aus dem Ertragslisten der letzten Wirtschaftsjahre 100 Mark überwiegen, wodurch diese Stiftung...

Inwiefern. In Oberplanitz sollte ein Fortbildungsschüler, (1) eine Schulstraße verhängen. Da er nicht freiwillig dazu erschien...

Die Arbeitlosen unserer Stadt zogen, etwa 700 Personen stark, nach einer Versammlung vor das Rathaus und ließen durch eine Abordnung...

Das Hochwasser der Elbe ist Donnerstag früh bis über 4 Meter gestiegen. Das Terrassenufer ist überflutet; das Wasser ist auch in abseitigen tieferen Stellen...

Bemerktes

Wachsende Hochwassergefahr. Die Schäden sind noch nicht abgesehen, die das jetzige Hochwasser in Mittel-, Süd- und Westdeutschland im Gefolge hat. Immer neue Nachrichten gehen ein...

Mitteilung aus der Kirchenvorstandssitzung vom 10. Januar 1920.

Der Vorsitzende, Herr Oberpfarrer Ehmer, begrüßt die Erschienenen zur ersten Sitzung im neuen Jahre und dankt dem Wahl Ausschuss für seine Mithilfe...

lieben Stimmen. Das Recht aber im Sinne des Gesetzes, das eine Wiederwahl erfahrener Mitglieder des Kirchenvorstandes hervorhebt...

Darnach bringt der Vorsitzende zur Kenntnis, daß die Gottesdienste wegen der Kohlennot vorläufig nicht wieder in die Reichshalle, wie zugesichert, verlegt werden können...

In der Glockenangelegenheit erstattete Herr Stadtrat Meißner Bericht. Nach längerer Aussprache wird einstimmig die Beschaffung von 3 Klanghahnglocken beschlossen...

2. Klasse 176. Sächsischer Landes-Lotterie.

Table with lottery results: 20000 Mark, 10000 Mark, 5000 Mark, 2000 Mark, 1000 Mark.

Kirchennachrichten

- 2. Sonntag nach Epiphania. Frankenberg. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Andacht...

Nach Redaktionsschluss eingegangene Meldungen

- Neue Demonstrationen in Berlin. Berlin, 16. 1. Obgleich die Regierung die für gestern nachmittags von den Kommunisten einberufene Trauerfeier für die Revolutionsoptionen verboten hatte...

